

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 72208**

Inseratenpreise: Die 10 gepalt. Kolonelle 35 Wg., bei Mahvordr. 40 Wg., Stellenangebote 10 gep. Kolonelle 25 Wg. Familienanzeigen von Privatereu die 10 gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Wg. Inzerate v. ausw.: die 10 gep. Kolonelle 40 Wg. bei Mahvordr. 50 Wg. Reklamezeile 2.25 Wg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Das Kabinett der Persönlichkeiten

Die Ministerliste

Der Reichspräsident hat gestern, 17 Uhr, das neue Kabinett ernannt. Die Ministerliste setzt sich wie folgt zusammen:

- Reichskanzler: Hermann Müller (Soz.).
- Befehzte Gebiete und Verkehr: von Guérard (Ztr.).
- Neuheres: Dr. Stresemann (D. Sp.).
- Innere: Severing (Soz.).
- Arbeit: Wiffell (Soz.).
- Wirtschaft: Dr. Curtius (D. Sp.).
- Finanzen: Dr. Hilferding (Soz.).
- Justiz: Koch-Weser (Dem.).
- Reichswehr: Groener.
- Ernährung: Dietrich-Baden (Dem.).
- Post: Schügler (Bayr. Sp.).

Das Reichskabinett tritt am Freitag, 11 Uhr, zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Das Urteil der Berliner Presse

SPD Berlin, 29. Juni (Radio).

Nachdem die Minister der Regierung Hermann Müller vom Reichspräsidenten ernannt sind, nimmt die Presse zum neuen Kabinett Stellung.

Der Vorwärts sagt: „So, wie die Dinge heute liegen, hegt keine Partei zu dem Kabinett selbst uneingeschränktes Vertrauen. Das Vertrauen einer jeden beschränkt sich auf die führenden Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen, denen sie den Eintritt gestattet hat. Die Sozialdemokratie hat vier ihrer besten Männer in die Regierung entsandt, Männer, deren Können und Charakter in jahrzehntelanger Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung erprobt ist. Diese Männer verdienen, daß man ihnen das Vertrauen bewahrt, sie verdienen das um so mehr, als sie freundschaftlich gemelter Kritik gewiß nicht unzugänglich sein werden.“

Vergessen wir aber nicht: es sind nicht nur die vier Männer, die auf eine schwere Probe gestellt sind — die ganze Partei ist es! Auf die Probe gestellt ist die politische Urteilsfähigkeit eines jeden einzelnen Parteigenossen.

Im Berliner Tageblatt heißt es: „Das Kabinett entspricht in seiner Zusammensetzung dem Willen, den das Volk mit seiner Urteilsurkunde vom 20. Mai kundgegeben hat und die Fraktionen werden sich, wenn das Kabinett von einem starken Machtwillen erfüllt ist, daran gewöhnen müssen, daß eine Regierung kräftig regieren kann, auch wenn ihr Programm nicht zuvor die Billigung der Fraktionen gefunden hat. Das Kabinett Hermann Müller ist stark, weil es die große Mehrheit des Volkes vertritt, weil es in den Verhältnissen die breite Basis hat, auf der in den Fragen des Kelloggspaktes und des Dawesplanes, des Völkerbundes und der Rheinlandräumung die gradlinige Politik ohne Hemmungen fortgesetzt werden kann, die unter Dr. Wirth und Rathenau, unter Stresemann trotz mancher Hindernisse von rechts weitergeführt wurde.“

Die Postische Zeitung schreibt am Schluß eines langen Artikels: „Wenn der Reichstag in die Ferien gegangen ist, wird für die Regierung gerade die Zeit schwerster Arbeit beginnen, die vorbereitende Arbeit an jenen großen Aufgaben vor allem der internationalen Politik, die — man denke nur an die Rheinland-

frage und die Regelung der Reparationen — unsere politische und wirtschaftliche Zukunft entscheidend beeinflussen werden.“

Die Germania, durch deren Spalten auch heute noch recht deutlich die Unzufriedenheit klingt, findet anerkennende Worte für Hermann Müller und die sozialdemokratischen Minister, vor allem für Karl Severing, über den sie schreibt: „Der Kopf unter den Sozialdemokraten ist Severing, der sich aus der Zeit seiner Minister-schaft in Preußen den Namen eines energischen, zielstrebigen und zielbewußten Politikers erworben hat. Severing hat in Preußen eine starke Hand gezeigt, trotz alledem hat er in solchen Fragen eine kluge Mäßigung walten lassen, wo die Staatspolitik die Rücksichtnahme auf die Gesamterfordernisse und auch auf die Denkart anderer verlangte.“

Die Tägliche Rundschau schreibt: „Es ist nur zu einer Lösung gekommen, deren Anzulänglichkeiten nicht zu bestreiten ist. Zunächst ist die Lösung insofern unzulänglich, als die sichere Koalitionsgrundlage fehlt. Sie war nach dem Verhandlungsergebnis, mit dem das erste Stadium abschloß, nicht mehr zu schaffen. Man muß sich nunmehr darauf verlassen, daß im Herbst nachgeholt wird, was diesmal verfehlt wurde. Es versteht sich von selbst, daß bei diesem Versuch abermals Schwierigkeiten auftauchen werden, und es braucht kaum betont zu werden, daß die endgültige Lösung nur dann gefunden werden kann, wenn in Preußen die berechtigte Forderung der Deutschen Volkspartei erfüllt wird.“

Der Berliner Börsenkurier schreibt: „Tatsache bleibt, daß die neue Reichsregierung so ziemlich die bestzusammengesetzte ist, die unter den durch das Wahlergebnis geschaffenen Voraussetzungen entstehen konnte.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt: „Sie (die Regierung) hat reichlich viel Not aufgelegt. Vier Sozialdemokraten haben die wichtigsten Posten inne. Sie stellen den Reichskanzler, den Innenminister, den Finanzminister und den Arbeitsminister. Das Übergewicht der Sozialdemokratie, ihre Führung, ihre Verantwortung ist damit in erfreulicher Weise klar gestellt. Nun soll die Sozialdemokratie zeigen, was sie kann.“

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Es ist ein Symbol, daß jener Mann, der am 28. Juni 1918 als erster Deutscher seinen Namen unter den Vertrag von Versailles setzte, am gleichen Tage des Jahres 1928 verantwortlicher Führer der deutschen Reichspolitik werden konnte.“

Die Deutsche Zeitung bringt ihre Enttäuschung über den Reichspräsidenten mit aller Offenheit zum Ausdruck, indem sie sagt, das Oberhaupt des Reiches, in dessen Macht es gelegen habe, „den Beginn des deutschen Aufstieges zu ermöglichen“ habe versagt. Hindenburg hat der äußersten Rechten nicht den Gefallen getan, seine Hand dazu zu bieten, eine neue Regierung des Bürgerblocks zu etablieren und er ist für sie erledigt.

Die rote Fahne charakterisiert die sozialdemokratischen Führer als die „ergebnissten Wegbereiter des neuen Traus-kabinetts“.

Regierungserklärung nächsten Dienstag

Am Dienstag um 15 Uhr tritt der Reichstag zur Entgegennahme einer Regierungserklärung zusammen. Die Debatte über diese Erklärung beginnt am Mittwoch und soll am Donnerstag abgeschlossen werden. Am 1. Juli wird der Reichstag in Ferien gehen. Vorher wird noch das Amneftlege sch erledigt. Die Beratungen darüber sollen am Montag im Rechtsausschuß beginnen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Dienstag um 13 Uhr wieder zusammen.

Ohne Bindung der Fraktionen

Auch die Sozialdemokratie ist nicht gebunden

Drei Wochen lang haben die Verhandlungen gewährt, nun aber ist die Regierung da, das Kabinett der Persönlichkeiten, die deutsche Sprache wurde durch einen neuen Begriff vermehrt. Wie dieser Begriff zu deuten ist, darüber werden die kommenden Monate Aufschluß geben, und wenn nicht alles täuscht, so wird das Leben des neuen Kabinetts von ebenso theatralischen Zwischenfällen begleitet sein, wie die langwierige Periode seiner Geburt. Jedenfalls ist das Zentrum in letzter Stunde umgefallen, es hat den Vizkanzler und das „politische Ministerium“ ausgegeben. Die deutsche Republik und Dr. Wirth sind um eine Erfahrung reicher geworden, aber eben dieses zuletzt erzielte Kompromiß bezeugt, daß das Kabinett der Persönlichkeiten bestenfalls als eine Zwischenlösung anzusprechen ist, der im Herbst ein Definitivum folgen wird. Das Zentrum wird in der neuen Regierung nur durch einen Hochposten vertreten sein, durch Herrn v. Guérard, der die Ministerien des Verkehrs und der Befehzten Gebiete übernommen hat. Herr Dr. Brauns, der ewige Arbeitsminister, ist ausgeschieden und das Justizministerium ist Herrn Koch von den Demokraten übertragen worden. So nobilitiert zusammengeklüfft, steht das Kabinett der Persönlichkeiten in See. Der Steuerminister Hermann Müller hofft, daß sich bis zum Herbst schwerere Havarien vermeiden lassen, dann aber wird die Ueberholung unausbleiblich sein.

Das Kabinett der Persönlichkeiten bleibt ein Kabinett der Großen Koalition. Auch die „Persönlichkeiten“ werden den ehernen Zwang der Klassenmäßigen Bindung aller Beteiligten nicht beiseite räumen, obwohl sich oder auch weil sich alle Fraktionen ihre Bewegungsfreiheit gelockert halten. Denn selbst Herr Dr. Stresemann, der intellektuelle Urheber des neuen, fraktionell nicht gebundenen Kabinetts, der, ohne Herrn Dr. Scholz, seinen Herrn und Meister, zu befragen, Hermann Müller suggerierte und den Reichspräsidenten instruierte, bleibt letzten Endes Mitglied der Deutschen Volkspartei. Diese aber ist die Vertreterin der Großindustrie, so daß eine besondere fraktionelle Bindung gar nicht vonnöten ist, ohne daß die Interessen der führenden Schichten der Bourgeoisie wesentlich beeinträchtigt werden. Die „Persönlichkeiten“ bleiben durch die wirtschaftlichen Interessen ihrer Parteien erdgebunden, und es fragt sich nur, ob der Kapitalismus oder das Proletariat von dieser Kombination der Klassenkräfte den größten Vorteil zieht.

Gewiß, die Sozialdemokratie hat die Führung im neuen Kabinett. Sie stellt den Kanzler, sowie die Minister des Innern, der Finanzen und der Arbeit. Das sind vier von elf, insofern arithmetische Berechnungsmethoden hierbei zulässig wären. Die Sozialdemokratie hat also nicht die Mehrheit im Kabinett, vielleicht wäre sie zur Zeit zu haben gewesen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Führerposition entsprechend auszuwerten. Und hier sehen die Gegenkräfte der bürgerlichen Minister mit allen Mitteln ein, was die letzten Wochen leider nur allzu deutliche Beispiele gaben. Das Kabinett der Persönlichkeiten hat noch kein Programm. Es soll bis zum Dienstag geschaffen werden. Dabei werden die Fraktionen unbeteiligt sein. Somit bleibt das Vertrauen in die „Persönlichkeiten“ unbegrenzt, auf ihr Können sowohl, als auf die Ellenbogen. Wir zweifeln an dem Können der sozialdemokratischen Minister keineswegs, aber die anderen haben unzweifelhaft die kräftigeren Ellenbogen, die sie auf Grund ihrer mächtigen wirtschaftlichen Positionen entsprechend und nachhaltig gebrauchen werden. Darum haben wir von Anfang an die Bindung durch konkrete Forderungen verlangt. Das wurde abgelehnt. Trotzdem scheiterten die Verhandlungen zunächst an den Differenzpunkten, die sich im Verlaufe der Zeit im Kampf mit der Volkspartei herausgebildet hatten. Nun aber ist ein Kabinett ohne jede Bindung geschaffen worden, eine verschlehteste Große Koalition, und jetzt wird die Volkspartei ihre Bremsblöcke in Bewegung setzen, was aus ihrem Beschluß vom Mittwochnachmittag mit aller Klarheit zu ersehen ist. Dort wird gesagt:

„Die Fraktion will, um das Zustandekommen der Regierung nicht ihrerseits zu verzögern, gegen eine Beteiligung ihrer beiden bisherigen Minister an einer nicht fraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Einwendungen erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- und Mißtrauensvoten dadurch in keiner Weise gebunden ist und insbesondere von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig sein wird.“

Also die Volkspartei behält sich volle Freiheit der Entscheidung vor, sie fühlt sich an nichts gebunden und entscheidet von Fall zu Fall, wie sie sich zu dem Kabinett der Persönlichkeiten verhalten soll. Trotzdem hat die sozialdemokratische Fraktion am Donnerstagmittag der neuen Regierung gegen eine Minderheit zugestimmt, in Ausführung der Resolution von Kiel und in der Abwehr reaktionärer Bestrebungen — wie von prominentester Seite erklärt worden ist —, um die Wiederkehr des Bürgerblocks zu verhindern. Deswegen müsse, wie es weiter aus autoritativem Munde hieß, das Experiment unternommen werden, ohne aber daß die sozialdemokratische Fraktion an dieses Kabinett ge-

Der Neue findet Gnade!

Snowjew und Kamenev in die Kommunistische Partei zurückgeführt

WTB Moskau, 28. Juni.

Heute wurde ein Beschluß der Zentral-Kontrollkommission der Kommunistischen Partei veröffentlicht, nach dem Snowjew, Kamenev und 36 andere bekannte ehemalige Oppositionelle angesichts der Tatsache, daß sie ihre Irrtümer erkannt und sich von der Trotzkischen Opposition losgesagt haben, in die Kommunistische Partei wieder aufgenommen werden.

So können Snowjew und Kamenev und mit ihm die anderen Führer der einstigen Opposition als erste in den Schoß der heiligen Kommunistischen Partei Rußlands zurückkehren. Daß sie ihre Gesinnung und ihre Ueberzeugung dem Wiedereintritt zum Opfer bringen mußten, scheinen sie leicht zu verwinden. Es ist ein merkwürdiges Treiben in dieser kommunistischen Bewegung. Vor kaum Jahresfrist bekämpfte unter Snowjew, Trotski, und Kamenev die Opposition die Politik der Kommunistischen Partei in Rußland als antiproletarisch und den kapitalistischen Interessen dienend. Umgekehrt wurden dafür die Oppositionellen des „Reformismus“ und des „Berats“ bezichtigt, mit dem Kerler, der Verdammung und der stillen Befestigung bedroht. Und heute fügen sich die Oppositionellen um Snowjew der „konterrevolutionären Bourgeoisepolitik“ wofür den „Reformisten“ und „Verrätern“ die Gnade zuteil wird, der Partei des mächtigen Stalin wieder anzugehören.

Frankreich für den Kelloggspakt

WTB Paris, 28. Juni.

Am 14. wird mitgeteilt: „Minister des Aeußern Briand hat heute dem Ministerrat die letzte Note Kellogg über die Regelung des Krieges zur Kenntnis gebracht. In ihrer Gesamtheit wurde die amerikanische Note auf den ersten Blick für befriedigend erachtet, weil sie den von der französischen Regierung früher geäußerten Vorbehalten Rechnung trägt. Indessen muß das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ihre Prüfung besonders vom juristischen Standpunkt fortsetzen. Andererseits wünscht die französische Regierung, ehe sie Washington Unterzeichnung des geplanten Pakts berufenen Mächte und insbesondere die Auffassung der Signaturstaaten von Locarno kennenzulernen. Es ist daher verfrüht, zu behaupten, daß das französische Kabinett schon heute vormittag die Unterzeichnung des amerikanischen Pakts beschlossen habe. Seine Zustimmung ist wahrscheinlich, aber sie steht noch nicht fest.“

Um den Rücktritt Dinghofers

TU Wien, 29. Juni.

Donnerstag nachmittag traf beim Bundeskanzler Dr. Seipel ein Telegramm des Justizministers Dr. Dinghofer aus Karlsbad ein, in dem dieser um die Zustimmung zu seinem Rücktritt ersuchte. Im Einvernehmen mit dem Ministerrat, der darauf zusammentrat, antwortete Dr. Seipel dem Justizminister, er wolle die Zustimmung zum Rücktritt nicht geben ohne persönliche Rücksprache.